

Wildenberger Rundschau

Ausgabe 1/2022

„Trotz Krisenbewältigung haben wir uns auch dem Zukunftsmanagement gestellt.“

Liebe Gemeindebürgerinnen und Gemeindebürger,

viele kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger – wie auch ich - konnten am 1. Mai das zweijährige Jubiläum ihrer aktuellen Amtszeit feiern. Zwei Jahre, die es, wie ich meine, „in sich“ hatten und die so ganz anders als alles Bekannte und Vorstellbare waren. Während die Corona-Inzidenz-Zahlen die Kliniken derzeit etwas aufatmen lassen, werden die Personaleinsätze wieder neu geordnet und das Personal schrittweise weg von Corona und wieder hin zur Bewältigung anderer Aufgaben gesteuert.

Krisenzeiten gut gemeistert

In den vergangenen beiden Jahren ist Vieles auf der Strecke geblieben, die öffentliche Wahrnehmung dafür, dass die Kommunen neben der Krisenbewältigung auch Zukunftsmanagement betrieben haben, ist oft nicht aufgefallen. Es mussten Bebauungspläne bearbeitet werden, neue Radwege geplant, Ansiedlung von Unternehmen begleitet, Kinderspielplätze ausgebaut und Kinderbetreuungsplätze geschaffen werden. In den Zeitungen wurde mehr über Inzidenzzahlen, Kontaktpersonennachverfolgung, Maskenpflicht und Hygieneregeln geschrieben als meines Erachtens notwendig war. In der gleichen Zeit haben die öffentlichen Verwaltungen und die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker in vielen Bereichen einfach ihren Job gemacht und dafür gesorgt, dass das Leben auch in unserer schönen Gemeinde Wildenberg in der VG Siegenburg oder im Landkreis Kelheim nicht nur einfach weitergeht, sondern dass die Zukunft noch mehr herangeholt wird.

Bürger dürfen das erwarten

Die vielen großen und kleinen Anliegen, die die Bürgerinnen und Bürger umtreiben, dürfen im Schatten von der Pandemiebewältigung und der Flüchtlingsbetreuung nicht untergehen. Das können die Bürgerinnen und Bürger von uns Kommunalpolitikern erwarten. Gezieltes Management auch auf kleinerer kommunaler Ebene bedeutet nicht nur Handlungsfähigkeit, Entschlusskraft und klare Kommunikation, sondern auch Wissen um Themen unserer Zeit. Die Verantwortlichen in den Gemeinden, Städten und Landkreisen haben in

den vergangenen zwei Jahren eines gelernt: Mut zu zeigen, Ideen zu verfolgen, vor allem Ideen, die nicht klar erkennen ließen, ob sie überhaupt den gewünschten Erfolg bringen. Damit kann man den Wünschen der Bürgerinnen und Bürger näher kommen.

Sicher wird nicht immer alles klappen, aber mit einer positiven Fehlerkultur, die zu diesem Mut und zu den Ideen dazugehört, kann die Krisenzeit der letzten Jahre auch ein Stück weit ein Aufbruch zu einer neuen Form des „Politik machen’s“ sein. Es gibt viel zu tun, packen wir’s an.



Winfried Roßbauer
CSU-Ortsvorsitzender
Bürgermeister



Der Ukraine-Krieg hat die internationale Ordnung in ihren Grundfesten erschüttert!

Liebe Wildenbergerinnen und Wildenberger,

die Europäische Union befindet sich nach dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, der die gesamte internationale Ordnung in ihren Grundfesten erschüttert, an einem historischen Scheidepunkt. Am 24. Februar 2022 hat sich mit einem Schlag die Welt verändert. Das, was niemand von uns für möglich erachtet hat, nämlich dass mit Waffengewalt ein Nachbarland überfallen wird, ist eingetreten. Dass der Krieg in der Ukraine sehr nah bei uns ist, wird auch dadurch deutlich, dass Kriegsflüchtlinge auch in Wildenberg Unterkunft und Hilfe gefunden haben.

Ukrainer verteidigen Freiheit und Demokratie

Es kann den Menschen in der Ukraine nicht hoch genug angerechnet werden, wie diese mit aller Kraft der russischen Invasion entgegentreten und nun

schon über bald vier Monate hinweg für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit kämpfen. Die Ukrainer treten dabei jedoch nicht nur für ihr eigenes Land ein, sie verteidigen vielmehr unsere europäische Art zu leben. Wir sollten uns deswegen als Deutsche und Europäer vergegenwärtigen, dass ihr Krieg auch unser Krieg ist. Und dennoch bin ich der Überzeugung, dass die Ukraine alleine zu entscheiden hat, ob und wie sie den Krieg führt, ob sie sich dazu entscheidet, militärische Antworten auf die Angriffe durch russische Soldaten zu geben oder in Friedensverhandlungen eintritt. Das Völkerrecht gesteht jedem unabhängigen Land zu, sein Territorium auch mit Waffengewalt zu verteidigen.

Russlands Präsident Wladimir Putin ist nicht bereit, die nach dem Zweiten Weltkrieg allgemein anerkannten Grenzen und somit die territoriale Integrität der Nationalstaaten in Europa zu akzeptieren. Mehr noch, er führt Krieg gegen unsere Friedensordnung und das gesamte westliche Wertesystem. Eine Kapitulation der Ukraine wird ihn langfristig nur bestärken. Er darf diesen Krieg nicht gewinnen.



Einstimmigkeit erschwert Sanktionsmechanismus

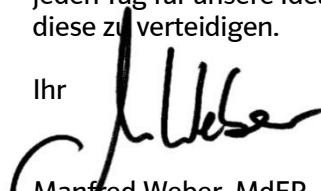
Binnen weniger Tage hat die EU mit weiteren internationalen Partnern Sanktionspakete geschnürt. Diese haben sich als wirkungsvoll erwiesen. Dennoch haben uns gerade die Diskussionen der letzten Tage um das sechste Sanktionspaket und die Haltung Ungarns vor Augen geführt, dass uns das System der Einstimmigkeit bei diesen Fragestellungen lähmt und das internationale Gewicht der EU schwächt. Deshalb ist es notwendig, die Einstimmigkeit bei Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik aufzuheben und zum Mehrheitssystem zu kommen, wie wir es schon in anderen Politikbereichen der EU kennen.

Das Europaparlament drängt deshalb die EU-Staaten, einem Verfassungskonvent für umfassende Reformen der Europäischen Union zuzustimmen. Die Abgeordneten stimmten vergangene Woche in Straßburg dafür, den notwendigen Prozess zu starten. So soll sichergestellt werden, dass die Ergebnisse eines einjährigen Bürgerdialogs „Konferenz zur Zukunft Europas“ auch umgesetzt werden. Das Parlament fordert etwa, in fast allen Politikbereichen das Prinzip der Einstimmigkeit aufzugeben. Zudem solle die EU mehr Kompetenzen in den Bereichen Gesundheit und Energiepolitik bekommen. Außerdem

solle das Parlament ein Initiativrecht für Gesetzesvorschläge bekommen.

Es entscheidet sich in diesen Wochen und Monaten, ob die Idee von Demokratie, Freiheit und Rechtsstaat, so wie wir sie in der EU seit Jahrzehnten als richtig erachten, verteidigt werden kann. Oder ob sich auch andere Diktatoren und Autokraten ermutigt fühlen, ihren Einflussbereich auf andere Länder auszudehnen. Ich bin der festen Überzeugung, dass es sich lohnt, jeden Tag für unsere Ideale und Werte einzutreten und diese zu verteidigen.

Ihr



Manfred Weber, MdEP
EVP-Partei- und Fraktionsvorsitzender
Stellv. CSU-Parteivorsitzender

Innenbelebung wichtig

von Winfried Roßbauer

Dass lebenswerte ländliche Räume attraktive Ortskerne brauchen, davon sind viele Bürgerinnen und Bürger überzeugt. Für eine lebendige Ortsmitte sind zukunftsorientierte Investitionen auf alle Fälle gerechtfertigt. Gerade die Investitionen in eine lebendige Dorfmitte sind zukunftsorientiert, denn lebendige Kommunen haben eine Anziehungskraft auf neue Bürger und auf junge Menschen, damit diese im Ort bleiben. Dazu kommt die Ausweisung neuer Baugebiete, gleichzeitig die Verdichtung in den Orten selbst.

Besorgt kann man nur sein, was die Preissteigerungen beim Bauvorhaben angeht. Hier ist die Geldpolitik völlig aus den Fugen geraten, so Roßbauer. Dabei sind wir mitten in einer Spirale, von der ich nicht glaube, dass sie sehr gut für uns ausgeht. Froh kann man sein, wenn es im Ort noch eine Einkaufsmöglichkeit, oder z. B. auch einen Friseur gibt. Ein Wunsch von mir wäre, die Möglichkeit für die gesundheitliche Betreuung der Bürgerinnen und Bürger weiter auszubauen. Mit einer Einbeziehungssatzung will die Gemeinde versuchen, Flächen im Ort zu bebaubaren Flächen zu machen. Momentan stockt das Ganze, da sich die Gemeinde mit dem Wasserwirtschaftsamt bezüglich der HK-100-Linie noch nicht einig ist. Von großer Bedeutung für die Gemeinde ist zudem der Erhalt unserer wunderbaren Grundschule, bei der man in den nächsten Jahren an eine Sanierung denken müsse. Erfreulich ist auch, dass wir einen gut funktionierenden Kindergarten haben und hoffentlich bald auch eine Kinderkrippe. Die Nachmittagsbetreuung an der Grundschule ist geregelt, hier gibt es einen Rechtsanspruch, für den die Kommunen zuständig sind.

Manfred Weber ist neuer Vorsitzender der EVP / 89 Prozent Zustimmung

(von Winfried Roßbauer)

Die Europäische Volkspartei (EVP) hat seit 31. Mai einen neuen Vorsitzenden: Manfred Weber wurde beim Parteikonvent in Rotterdam mit 89 Prozent der abgegebenen Stimmen gewählt. Er erhielt 447 der 515 abgegebenen Stimmen der Delegierten aus ganz Europa. Manfred Weber löst den früheren EU-Ratspräsidenten und polnischen Regierungschef Donald Tusk ab, der sich wieder ganz auf die nationale Politik konzentrieren will. Der Europäischen Volkspartei gehören 81 christdemokratische und christsoziale Parteien Europas an, darunter auch CDU und CSU.

„Krisenzeiten sind EVP-Zeiten“

In einer kämpferischen Rede positionierte Manfred Weber die EVP als politische Gruppierung der Mitte, die bei den Themen Verteidigung, Wirtschaft oder Migration die besseren Antworten habe und die Rechtsstaatspartei Europas sei. Nur die EVP garantiere eine soziale Marktwirtschaft. „Krisenzeiten sind EVP-Zeiten“, hob er etwa die klare Positionierung der EVP im Ukraine-Krieg hervor. An der Bundesregierung übte er scharfe Kritik. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) zeige wegen starker russlandfreundlicher Netzwerke in der SPD, die auch Altkanzler Gerhard Schröder verkörpere, „keinen Willen, keine Entschlossenheit, keine Führung“.

Zu den ersten Gratulanten nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses zählten EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, Parlamentspräsidentin Roberta Metsola und CDU-Bundesvorsitzender Friedrich Merz. Bayerns Ministerpräsident und CSU-Vorsitzender Markus Söder würdigte Weber schon vor seiner Wahl: „Wir sind stolz und freuen uns sehr für ihn.“



CDU-Bundesvorsitzender Friedrich Merz und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen waren die ersten Gratulanten für Manfred Weber nach Bekanntgabe des Ergebnisses der Wahl zum neuen EVP-Parteivorsitzenden. (Foto: Tobias Koch)



Auch der CSU-Bezirksvorsitzende Andreas Scheuer freute sich über die Wahl von Manfred Weber: „Die CSU Niederbayern gratuliert Manfred Weber zur Wahl zum Vorsitzenden der Europäischen Volkspartei (EVP) am Dienstagnachmittag in Rotterdam. Ein Niederbayer führt die EVP und damit den Zusammenschluss aller christdemokratischen und christsozialen Parteien Europas. Wir sind stolz auf Manfred Weber! Er hat damit eine Schlüsselposition übernommen, wenn es um die Entscheidungen zur Weiterentwicklung der Europäischen Union geht. Das großartige Wahlergebnis zeigt, dass die europäischen Christdemokraten und Christsozialen großes Vertrauen in die Arbeit von Manfred Weber haben. Manfred Weber wird diese Aufgabe mit großer Leidenschaft ausfüllen und kann dabei auf Rückhalt und Unterstützung aus seiner niederbayerischen Heimat zählen.“

Der Parteitag in Rotterdam war geprägt von Solidaritätsbekundungen mit der Ukraine, die mit dem früheren Staatspräsidenten Petro Poroschenko und der ehemaligen Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko prominent vertreten war. Angesichts des russischen Angriffskrieges hatte die Regierung in Kiew im Schnellverfahren ein Beitritts-gesuch an die Europäische Union gestellt.

Einheitliches Ladegerät kommt 2024

Das einheitliche Ladegerät wird Pflicht: Bis 2024 müssen alle neuen tragbaren Mobiltelefone, Tablets, Digitalkameras, tragbaren Videospielekonsolen, Kopfhörer, Headsets, tragbaren Lautsprecher, E-Reader, Tastaturen, Mäuse, tragbaren Navigationssysteme und Ohrhörer mit einem USB-C-Ladeanschluss ausgestattet sein. Bei Laptops ist dafür bis 2026 Zeit. Darauf haben sich EU-Kommission, Europäisches Parlament und EU-Mitgliedstaaten geeinigt. Im Jahr 2020 wurden in der EU alleine etwa 420 Millionen Mobiltelefone und andere tragbare elektronische Geräte verkauft.

Über 100 Jahre bei der CSU / Ehrungen für langjährige Mitgliedschaft / Landrat zu Gast

(von Noah Atzenbeck)

Landrat und CSU-Kreisvorsitzender Martin Neumeyer brachte es bei der jüngsten Ortshauptversammlung des CSU-Ortsverbandes Wildenberg im Gasthaus Hochneder in Schweinbach auf den Punkt. Wir müssen die beiden Kreiskrankenhäuser erhalten, damit wir eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung im Landkreis Kelheim sicherstellen können, so der Landkreischef.

Zuvor hatte CSU-Ortsvorsitzender Winfried Roßbauer die Ortshauptversammlung eröffnet und eine stattliche Reihe von Mitgliedern begrüßen können. Der CSU-Ortsvorsitzende betonte nach der Begrüßung, dass er nie gedacht hätte, dass es nach dem Ringen um den Brexit, nach den transatlantischen Animositäten rund um Präsident Donald Trump und zuletzt der weltweiten Corona-Pandemie noch schlimmer kommen könne. Mit Russlands Angriff auf die Ukraine ist aber das Allerschlimmste eingetreten, so Roßbauer, nämlich „Krieg in Europa“. Dieser Krieg betrifft uns alle, er zerstört Leben, er zerstört Ordnung, er zerstört Wohlstand und er zerstört Zukunft.

Gerade aus diesem Grund gelte es, unsere Werte zu verteidigen, so der Ortsvorsitzende. Dazu brauchen wir Stärke, und ich bin sicher, so Roßbauer weiter, wir können noch stärker sein, in dem wir unsere Arbeit weiter intensivieren. Gefragt sind dabei die Politiker und Politikerinnen genauso wie alle Anderen. Miteinander, und das Hand in Hand, lässt sich viel erreichen. Machen wir uns dazu nichts vor, so Roßbauer, wir stehen vor einer immensen Kraftanstrengung, das wird kein Sprint, sondern vermutlich ein langer Dauerlauf. Wir haben nur den einen großen Vorteil: Wir wissen, wofür es sich lohnt, stark zu sein und sich für unsere schöne Gemeinde Wildenberg ebenso einzusetzen wie für unsere CSU.

Bei seinem Bericht erläuterte er, dass seit Februar 2021 im Rahmen von vier Vorstandssitzungen wichtige Themen besprochen wurden. Zudem war hier zu dem einen oder anderen Geburtstag von Mitgliedern zu gratulieren. Auch bei vielen Kreisveranstaltungen nahm die Wildenberger CSU teil, so Roßbauer. Das Gleiche könne er für die verschiedenen Videokonferenzen berichten, ob mit dem Bezirk, dem Land oder dem Landkreis. Drei Wildenberger Rundschauen wurden erstellt und verteilt. Auch ging er auf den politischen Frühschoppen mit MdEP Manfred Weber ein, den er als großen Erfolg bezeichnete. Zudem freue er sich, dass die Junge Union aktiv im Ortsleben ist. Er kündigte an, sich mit der CSU auf die Landtags- und Bezirkstagswahl 2023 gut vorzubereiten. Abgesagt werden musste aus terminlichen Gründen leider das Sensesfest der CSU.

Blick Richtung Landtags- und Bezirkstagswahl 2023

Von einer positiven Entwicklung der Kasse konnte Schatzmeister Elias Schmidmüller berichten. Kassenprüfer Hans Geigenberger bescheinigte dem Schatzmeister einwandfreie Kassenführung. Er habe mit Elias Schmidmüller einen hervorragenden Nachfolger bekommen, so Geigenberger. Die Ortsvorstandschafft wurde auf Antrag entlastet. Im Rahmen der Wahl der besonderen Ortsdelegierten in die besondere Kreisversammlung wurden gewählt: Winfried Roßbauer, Simone Grim, Stefanie Jedl, Elias Schmidmüller, Janik Atzenbeck, Manfred Weber. Ersatzdelegierte sind Thomas Hermann, Angelika Blümel, Ulrich Jedl, Johann Geigenberger, Andreas Wagner und Janik Atzenbeck.

Geehrt für jeweils 35 Jahre Mitgliedschaft im Ortsverband wurden Richard Erl aus Schweinbach, Hans Hochneder aus Schweinbach und Edgar Raimann aus Pürkwang. Allen dreien gratulierte Ortsvorsitzender Roßbauer gemeinsam mit dem CSU-Kreisvorsitzenden Landrat Martin Neumeyer und überreichte Urkunden und Geschenke.



Die Geehrten stellen sich mit (von links nach rechts) Landrat und CSU-Kreisvorsitzendem Martin Neumeyer, stellvertretender Ortsvorsitzender Stefanie Jedl, Schatzmeister Elias Schmidmüller, Johann Hochneder, JU-Ortsvorsitzendem Janik Atzenbeck, Edgar Raimann, CSU-Ortsvorsitzendem und Bürgermeister Winfried Roßbauer, Richard Erl und der stellvertretenden Ortsvorsitzenden Simone Grim zu einem Erinnerungsfoto.

**Krieg in der Ukraine – Zeitenwende in Europa / MdEP
Manfred Weber bei Wildenberger CSU!**

(von Janik Atzenbeck)

Im Rahmen einer hochinteressanten Veranstaltung des CSU-Ortsverbandes Wildenberg konnte stellvertretende CSU-Ortsvorsitzende Simone Grim nicht nur Interessierte aus dem Landkreis Kelheim, sondern auch eine ganze Reihe von Politprominenz willkommen heißen. So galt ihr Willkommensgruß vor allen Dingen dem Referenten MdEP Manfred Weber, stellvertretender Parteivorsitzender der CSU und Vorsitzender der EVP-Fraktion, Petra Högl, Mitglied des Landtags, den Vizepräsidenten des Waldbesitzerverbandes Freiherr Götz von Rotenhan, den Präsidenten der österreichischen Privatwälder Rudi Rosenstatter, den Vorsitzenden der forstwirtschaftlichen Vereinigung Niederbayerns Georg Huber, den Arbeitskreisvorsitzenden des CSU-Arbeitskreises Landwirtschaft Franz Högl, die CSA-Kreisvorsitzende Anita Mayer, Daniel Milovic von der JU Abensberg und Hanna Nutz von der JU Siegenburg sowie den Bezirksvorsitzenden und stellvertretenden Landesvorsitzenden der Seniorenunion Raimund Fries. Auch die Altbürgermeister von Biburg und Siegenburg waren zu der Veranstaltung gekommen.

Wie Manfred Weber feststellte, beruht der Ukrainekrieg darauf, dass Putin als russischer Präsident die freiheitliche Demokratie abwehren möchte. Zwar sei die Ukraine dagegen ein eher schwaches Land, die Ukrainer kämpfen aber für ihre Freiheit und wollen sich diese nicht mehr nehmen lassen. Vor allen Dingen sei zu bedenken, so der Referent, dass dies kein Krieg zwischen der Ukraine



Auf großes Interesse stieß einmal mehr der Politische Frühschoppen des CSU-Ortsverbandes mit Manfred Weber.

und Russland sei, sondern vielmehr unser aller Krieg. Die Auswirkungen bekommen wir ja hautnah zu spüren, so Manfred Weber.

Aus jetziger Sicht hätte man nach der Annektion der Krim bereits anders reagieren müssen. Heute sei man jedoch soweit, dass sich die europäischen Staaten geschlossen für gemeinsame Sanktionen ausgesprochen haben. Weh tut dem Kreml und damit Putin vor allen Dingen, dass russische Gelder innerhalb Europas eingefroren wurden, auf die er nicht mehr zurückgreifen kann. Bei den Grundwerten gehört Europa jedenfalls mit den Amerikanern zusammen und da herrscht die Meinung, dass die Ukraine militärisch unterstützt werden muss, denn bis vor kurzem gab es dort mehr Soldaten als Waffen. Dass die Ukrainer für ihr Land kämpfen bestätigt auch die Tatsache, dass die Übernahme der Hauptstadt Kiew durch russische Einheiten gescheitert sei. Wie geht es aber insgesamt weiter, diese Frage stellte Manfred Weber in die Runde: Zunächst werde man der Logik des Krieges folgen. Fest steht, dass keine der beiden Seiten bereit ist, nachzugeben. Leider ist die Stimmungslage in Russland trotz moderner europäischer Medien pro Putin, Putin kann und darf danach nicht den Krieg verlieren. Es wird wahrscheinlich ein lang andauernder Stellungskrieg werden, so Manfred Weber.

Nicht gut fand der stellvertretende CSU-Parteivorsitzende, dass stillgelegte Flächen von Europa zum Anbau freigegeben wurden, dass Berlin das allerdings nicht umgesetzt habe. In Europa wurden in den letzten Jahren auch noch unter Führung von Angela Merkel große Fehler gemacht, so der Vorsitzende der EVP-Fraktion, die Abhängigkeit von Russland wurde ständig ausgebaut. Heute werden täglich 700 Mio. Euro an Putin für Öl und Gas überwiesen, eine Rückbesinnung und ein Abbau dieser



Landtagsabgeordnete Petra Högl (v.l.) und CSA-Kreisvorsitzende Anita Mayer überreichten Manfred Weber die „Stadtbergener Erklärung“, die auf der CSA-Landesversammlung beschlossen wurde.



Stellvertretende CSU-Ortsvorsitzende Simone Grim (v.l.), CSA-Kreisvorsitzende Anita Mayer, Bürgermeister und AGELF-Kreisvorsitzender Franz Högl, Landtagsabgeordnete Petra Högl, MdEP Manfred Weber und der CSU-Ortsvorsitzende und Bürgermeister Winfried Roßbauer.

Ausgaben ist deshalb von enormer Bedeutung. Fraglich ist auch, wie es wirtschaftlich insgesamt weitergehen wird, so Weber. Die hohe Inflation zwingt uns zum Handeln.

Neben Russland haben wir uns auch von China weitgehend in vielen Bereichen abhängig gemacht, auch hier muss manches hinterfragt werden. Jetzt soll und darf es kein „weiter so“ geben, in den nächsten 10 Jahren wird die Zeit schwieriger, es wird sich bei uns vieles ändern müssen. Wir müssen schaffen, uns von China weg zu orientieren und den Blick hin zu Indien und Afrika zu richten. Die westliche Welt ist derzeit in vielen Dingen führend auf der Welt, allerdings hat uns beispielsweise China in vielen Bereichen erreicht bzw. überrundet.

Informationen gab es im Rahmen der Veranstaltung auch von MdL Petra Högl. Die Agrarpolitik wird in den nächsten Tagen in Brüssel mit Bayern besprochen, so die Landtagsabgeordnete. Dazu reise sie mit nach Brüssel und laut Petra Högl müsse sich die Energieversorgung insgesamt ändern, LNG-Terminals müssen auch in Deutschland gebaut werden. Wie Raimund Fries feststellte, werde der neue 7-er BMW vorwiegend in China gebaut, der Preis liegt bei rund 130 000 Euro, wer soll das leisten? Manfred Weber betonte, dass es künftig wieder mehr um Grundsatzfragen auch in Europa gehen wird. Wenn der Weg beim Auto zu Elektroautos geht, dann müssen wir versuchen, selbst Batterien- und Chipsfabriken in Deutschland oder zumindest in Europa aufzubauen. In

manchen Bereichen werden uns dazu allerdings die Rohstoffe fehlen, so der Referent. Zukunft wird jedenfalls das autonome Fahren haben, hier muss ein Ansatz für Europa gefunden werden. Petra Högl warf ein, dass derzeit in

Deutschland 60 Prozent der Lebensmittel verworfen werden, vor allen Dingen in Privathaushalten. Das muss sich künftig jedenfalls ändern, das kann so nicht weitergehen. Einig waren sich die vielen Anwesenden, dass die 10-H-Regel in Bayern schnellstmöglich abgeschafft werden sollte. Georg Huber aus Mainburg trat für Korrekturen in Europa bezüglich der Waldwirtschaft ein. Prominente Unterstützung hatte er dabei von österreichischen Kollegen. Die CSA-Kreisvorsitzende Anita Mayer überreichte dem Referenten im Rahmen der Veranstaltung die Stadtwerdener Erklärung dazu. Man solle hören, was der kleine Mann für Probleme hat, so Anita Mayer. Laut Franz Kiermeier sind die Russen seelengute Menschen, brauchen aber jeweils einen starken Führer, das habe sich Putin zu Nutze gemacht. Viele weitere Themen wurden angesprochen, ein interessanter politischer Frühschoppen, so die Meinung der rund 50 anwesenden Besucher.



Kann Wärmewende mit Holz gelingen?

(von Steffi Jedl)

Die Bedeutung von Holz für Energie und Klimaschutz ist allseits bekannt. Holz ist als nachhaltiger Rohstoff ein zentraler Baustein unserer Energie- und Wärmewende. Unterschiedliche Interessengruppen haben in den letzten Monaten den Rohstoff Holz als Energielieferant in Misskredit gebracht – vollkommen zu Unrecht. Holz kann nämlich in großem Ausmaß fossile Energieträger ersetzen und fällt bei der dringend nötigen Durchforstung der Wälder an. Ein Ster Holz ersetzt je nach Holzart bis zu 200 Liter Heizöl. Gerade in ländlichen Gebieten ist die Wärmegewinnung aus Holz deshalb nicht nur Tradition, sondern sie hat auch Zukunft. Die Wärme eines Holzofens ist behaglich und wohltuend.

Wärmebedarf aus Biomasse

Die Nachfrage nach Brennholz steigt bayernweit auf Grund der steigenden Energiepreise wieder an. Ofenbauer berichten über eine wachsende Nachfrage nach Scheitholz- und Pelletöfen oder auch Hackschnitzelanlagen. Nach Aussagen der Politik ist das Ziel in Bayern, rund 20 Prozent des gesamten Wärmebedarfs aus Biomasse zu erzeugen, vor allem auch Dank Holz.

Kommunen durch Bau- und Energiekosten belastet

(von Winfried Roßbauer)

Die Auftragsbücher der Baubranche sind voll. Hohe und stark schwankende Materialkosten erschweren es den Betrieben mehr denn je verbindliche Angebote unterbreiten zu können. Dies trifft insbesondere auch die Kommunen, die durch langwierige Vergabeverfahren bei der Umsetzung kommunaler Projekte prinzipiell nur wenig Gestaltungsspielraum haben. Neben der zu hohen Nachfrage sind die Unternehmen in der Baubranche auch noch Lieferschwierigkeiten ausgesetzt. Einige Firmen sind deshalb gar nicht in der Lage an zeitaufwändigen Ausschreibungen öffentlicher Träger teilzunehmen. Ein Ende des Booms in der Baubranche ist derzeit noch nicht klar absehbar.

Geplante Kosten massiv überschritten

Seit Corona ist auch der zusätzliche Kostendruck auf die kommunalen Haushalte gestiegen. Wirtschaftliche Auswirkungen der Pandemie und des aktuellen Krieges in der Ukraine führen dazu, dass die Kosten für Ausschreibungen teils massiv überschritten werden. Das belastet nicht nur die Haushalte stark, sondern sorgt teilweise auch dafür, dass wichtige Investitionen verschoben werden müssen oder im Extremfall gar nicht mehr durchgeführt werden können. Die stark steigenden Energie- und Spritpreise bedeuten größere Belastungen für private und öffentliche Haushalte.

Dazu kommen höhere Sozialausgaben z. B. durch die Unterbringung von Kriegsflüchtlingen. Zwar hat die Bayerische Staatsregierung hier schnell gehandelt und in einem ersten Schritt ein Milliarde Euro bereitgestellt, um den bayerischen Kommunen bei der Versorgung der Kriegsflüchtlinge zu helfen. Die Unterstützung der Kommunen darf jedoch nicht allein die Aufgabe des Freistaats sein. Auch der Bund muss jetzt schnell handeln und unbürokratische Hilfen ermöglichen.

Gibt es sinnvolle Alternativen zu Gas und Öl? Wann machen Hackschnitzelanlagen Sinn?

(von Elias Schmidmüller)

In den letzten Monaten ist das Heizen mit Holz in die Kritik geraten. Gerade angesichts der derzeitigen Entwicklungen und der Debatte um die Gasversorgung und die Ölpreise zeigt sich, dass Holz eine sinnvolle Alternative ist. Je mehr sich an eine Hackschnitzelheizung Verbraucher anschließen und je besser die Verteilung des Bedarfs über das ganze Jahr ist, um so besser rechnet sich ein Nahwärmenetz auf Hackschnitzelbasis. Der Vorteil dieser Maßnahmen ist zudem, dass durch die Pflegemaßnahmen im Wald genug Holz für Hackschnitzelheizungen anfallen.



Oft war das Holz wegen der Problematik um den Feinstaub in der Kritik. Ein Problem vor allen bei den kleinen Öfen in den Haushalten ist mitunter falsche Handhabung. Zuviel Luftzufuhr verursacht dann auch mehr Feinstaub. Moderne Heizkessel und Einzelöfen reduzieren den Feinstaub durch entsprechende Filter. Gerade bei Hackschnitzelanlagen ist die Technik extrem vorangekommen und ein entsprechender Feinstaubfilter eingebaut. Dieser ist regelmäßig zu leeren, der Staub aus der Filteranlage muss dann entsprechend der Vorschriften entsorgt werden.

Vorteile für Abnehmer

Die Nutzer dieser Fernwärme haben beispielsweise den Vorteil, dass sie einen Raum mehr zur Verfügung haben. Außerdem müssen sie sich um nichts mehr kümmern, sie zahlen einmal für den Anschluss, dann noch Grundgebühr und Verbrauch. Einmal im Jahr werden die Gebühren festgelegt, dafür gäbe es aber auch eine Vorschrift für die Berechnung. Immer öfter kommen zahlreiche Bürger zu der Einsicht, dass Holz eine sinnvolle Alternative zum Heizen ist.

Auf dem Holz-Weg sein...

(von Simone Grim)

Unser Wald erfüllt eine Vielzahl gesamtgesellschaftlicher Funktionen, von der Klimaschutzfunktion über die Biodiversitätsfunktion bis zur Erholungsfunktion. Doch

auch als Lieferant eines nachhaltigen Rohstoffs Holz spielt der deutsche Wald eine große Rolle. Eine Bauwende durch das Bauen mit Holz, eine Transformation durch die Verwendung von CO₂-speichernden Holzprodukten bis hin zur hocheffizienten energetischen Verwertung von Holzsortimenten, die nicht stofflich genutzt werden können. Gerade die material- und energieeffiziente Nutzung der Hölzer aus unserer Waldbewirtschaftung ermöglicht der Gesellschaft den Weg in eine nachhaltige Zukunft. Das Recycling spielt dabei eine zentrale Rolle, denn die Verwertung von Altholz als Sekundärrohstoff entlastet die primären Rohstoffquellen.

Dafür braucht der Wald jedoch unsere Hilfe. Im Wald haben die Schäden in den letzten Jahren zugenommen. Der Wiederaufbau von Wäldern und ihre nachhaltige Bewirtschaftung sind eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Mit knappen Rohstoffen wie Holz muss deshalb verantwortungsbewusst umgegangen werden. Holz ist das Material für mehr Klimaschutz und darf nicht überfordert werden. Eine vernünftige Kreislaufwirtschaft und eine mehrfache stoffliche Nutzung von Holz sind deshalb das Gebot der Stunde. Durch mehr Innovationen müssen die Ressourcen für kommende Generationen geschont, erhalten und ausgebaut werden.

Gemeinsam in der Verantwortung

Generell stehen wir Bürgerinnen und Bürger alle gemeinsam in der Verantwortung, den Wald wieder aufzubauen, ihn zu schützen und sein Potenzial auch durch die Holzverwendung nutzbar zu machen, um verschiedene Transformationsziele zu erreichen. Auf dem Holz-Weg zu sein muss nicht, wie es die bekannte Redewendung impliziert, in die Irre führen. Der Weg zu und mit Holz führt zwangsläufig in eine bessere Zukunft.

Verliert die ländliche Entwicklung / Nachbesserungen bei Landesentwicklungsplan notwendig

(von Winfried Roßbauer)

Der Entwurf der LEP-Teilfortschreibung schafft gerade in kleineren Gemeinden derzeit eher Unmut, es sieht so aus, als sollten die Mittel- und Oberzentren gestärkt, die kleineren Landgemeinden aber nicht stärker besiedelt werden. Nachbesserungen zu Gunsten der ländlichen Räume sind deshalb notwendig, das bayerische Wirtschaftsministerium sollte den Entwurf noch mal überarbeiten.

Die Ausführungen zu den Punkten Gleichwertigkeit und Nachhaltigkeit, Raum- und Siedlungsstruktur sowie Innen- vor Außenentwicklung werfen in diesem Entwurf zahlreiche Fragen auf. Neben dem Wohnraum

in dünn besiedelten Flächen sei auch die weitere Erschließung von Gewerbeflächen eine zwingende Voraussetzung, um die wirtschaftlich gute Struktur von Bestandsunternehmen und deren Beitrag zum Arbeits- und Lebensraum zu erhalten. Auch sei dringend zu vermeiden, dass eine weitere Konzentrierung auf die Verdichtungsräume und eine Abstellung des ländlichen Raums als Ausgleichsfläche komme. Wenn die kleinen Gemeinden nicht bei der Entwicklungsmöglichkeit berücksichtigt werden, dann werden die Themen Wohnen, Arbeiten und Leben dort schlichtweg nicht mehr stattfinden. Die Coronapandemie hat uns gezeigt, wie wertvoll und förderlich das Leben auf dem Land ist. Sowohl Homeoffice wie arbeitnehmerfreundliche Zeitmodelle haben zusätzliche Spielräume für eine hervorragende Entwicklung auch des ländlichen Raums ermöglicht. Wünschenswert wäre in diesem Zusammenhang auch, dass für Gemeinden, die besonders nachhaltig und zukunftsweisend bei Themen wie Mobilität und Interkommunalität agieren, weitere Erleichterungen geschaffen werden. Damit könne man Individualität gewährleisten, anstatt zukunftssträchtige Gegebenheiten schwerfällig zu regulieren und gegebenenfalls zu vernichten.

Hoher Stellenwert für Innenentwicklung

Auch in den kleinen Gemeinden hat die Innenentwicklung einen hohen Stellenwert. Bestehende Förderprogramme dazu werden gut angenommen, viele Gemeinden treiben die kommunale Innenentwicklung voran. Allerdings sollte immer beachtet werden, dass eine sinnvolle Innenentwicklung nur mit entsprechendem Bedacht und Weitblick stattfinden kann und niemals ein reiner Verwaltungsakt ist. Selbst eine Stärkung der regionalen Planungsebene darf nicht dazu führen, dass das Selbstbestimmungsrecht kleinerer Gemeinden verloren geht. Zukunft braucht Gestaltungsfreiheit und dies auch in kleineren Gemeinden, welche ihr Potenzial und die Gegebenheit vor Ort am besten kennen.

WARUM ES JETZT AUF DIE CSU BESONDERS ANKOMMT:

- ◆ Wir vertreten das einzige ampelfreie Land in Deutschland.
- ◆ Wir vertreten als Einzige bürgerliche Anliegen im Deutschen Bundestag.
- ◆ Wir vertreten als Einzige bayerische Interessen in Berlin.